

Gerd Meyer

Auf dem Weg zu Freiheit und Einheit: Die politische Kultur der DDR im Umbruch

Vereinigungsprozeß, Demokratisierung und
gesellschaftliches Bewußtsein

Zwei Hauptthesen

In diesen Monaten erleben wir einen ebenso dramatischen wie grundlegenden Wandel in der DDR. Ich möchte einige Haupttendenzen, Schwierigkeiten und neue Widersprüche der politischen Kultur der DDR auf dem Weg zu Einheit und Freiheit herausarbeiten.

Meine erste These: Im letzten Jahr hat sich ein *Dreischritt* im Wandel der politischen Kultur der DDR vollzogen:

- von der politischen Kultur des bürokratischen Sozialismus (bis etwa September 1989)
- über die basisdemokratische Kultur der revolutionären Aufbruchzeit (bis hinein in den Dezember 1989)
- zur Transferkultur des Einigungsprozesses (etwa seit Dezember 1989). Transfer heißt hier: Übergang, Übernahme, Übertragung.

Alle drei Phasen enthalten Momente, die sich - zusammen mit älteren Traditionen der deutschen politischen Kultur - heute in der DDR finden und eine *widersprüchliche Einheit* bilden.

Meine zweite These: Es gibt drei *Haupttendenzen* in der politischen Kultur der DDR, die zugleich erhebliche innere Gegensätze aufweisen:

1. Die Entwicklung von bürokratischer Bevormundung und fügsamem Sich-Arrangieren zu Zivilcourage und Widerstand, schließlich zu demokratischen Entfaltungsmöglichkeiten, die es erlauben, in Freiheit eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen beziehungsweise die in der Bundesrepublik vorhandene, in den Augen der meisten DDR-Bürger bewährte zu übernehmen.
2. Die Suche der DDR-Bürger und ihrer Regierung nach dem besten Weg zwischen gesellschaftspolitischer Eigenständigkeit, der Wahrung eigener Interessen und Identitäten einerseits und der Aufgabe all dessen und damit einer - mehrheitlich gewollten - neuen Abhängigkeit andererseits.

3. Der schwierige Weg von sozio-ökonomischer Sicherheit auf der Basis relativer Gleichheit und eines - im Vergleich zur Bundesrepublik - relativ niedrigen Lebensstandards zu den Risiken und Chancen von mehr Wohlstand und sozialen Differenzen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der Wandel der politischen Kultur der DDR vollzieht sich auf dem Hintergrund einer belastenden, weitgehend unaufgearbeiteten Vergangenheit, einer umfassenden Demokratisierung des politischen Systems und einer grundlegenden Neugestaltung des Rechtssystems der Wirtschafts- und Sozialordnung. Dies führt zu einer tiefen Krise der eigenen individuellen und kollektiven Identität in der Gesellschaft der DDR.

Diese Thesen möchte ich nun entfalten, um Chancen und Schwierigkeiten der Bürger der DDR im Umgang mit der neuen Freiheit auf dem Weg zur deutschen Einheit aufzuzeigen. Dabei gilt es, ein Mißverständnis zu vermeiden: *Politische Kultur* meint hier nicht politische Kultiviertheit, eine bestimmte Norm oder ein Ideal einer „reifen“ demokratischen politischen Kultur, gar als schlichtes Abbild der bundesrepublikanischen. Vielmehr verstehe ich hier unter politischer Kultur jenes Ensemble von Wertorientierungen, Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen, wie sie sich bei den Bürgern im Verhältnis zum politischen Prozeß und System, zu Inhalten und Ergebnissen der Politik in verschiedenen Feldern entwickelt haben. Oder abstrakter ausgedrückt: Es geht um die *subjektive Dimension* des Politischen im Kontext objektiver Entwicklungen und Strukturen des politischen Geschehens. Will man diese subjektiven Momente, Mentalitäten und Erfahrungen, Stimmungen und Ängste in der Bevölkerung der DDR heute analysieren, so kann es sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur um vorläufige Thesen und Interpretationen eines außenstehenden Beobachters handeln.

Eine historische Sondersituation

Zunächst ist noch einmal an die historisch fast einmalige Situation des Umbruchs und der Neugestaltung der politischen Kultur in der DDR zu erinnern. Sie vollzieht sich unter den Bedingungen einer katastrophalen wirtschaftlichen, ökologischen und infrastrukturellen Situation. Sie wurde eingeleitet von einer friedlichen Revolution und ist Teil eines extrem schnellen und weitreichenden Systemwandels, der in allen seinen Konsequenzen kaum zu überschauen und deshalb auch nur schwer zu steuern ist. Die Menschen in der DDR stehen vor der gewaltigen Aufgabe, eine neue demokratische Gesellschaftsordnung mit neuen glaubwürdigen Institutionen und Repräsentanten zu schaffen. Dies geschieht auf der Basis eines weitgehenden Scheiterns und des Zerfalls der gewohnten, relativ sicheren Ordnungen, Regeln und ideologischen Vorgaben, vor allem aber

vieler gewohnter Verhaltensweisen im Alltag, in Betrieb und Politik. Dieser weitreichende Umbruch ist verbunden mit dem gewollten Verlust an Eigenstaatlichkeit, zum Teil existentiell bedrohlichen Risiken und unklaren Übergangsregelungen auf dem Weg zur deutschen Einheit. Die Zeitnot hat die Entwicklung beschleunigt und zugleich Verunsicherung und Orientierungslosigkeit hervorgerufen - neben aller Freude, Hoffnung und Zuversicht gegenüber der Zukunft. Neue Sicherheit und Abhängigkeit von der äußeren Hilfe der Bundesrepublik gehen einher mit vielfältigen An- und Überforderungen der DDR-Bürger, praktisch „alles neu machen zu müssen“, ohne daß man die eigene Vergangenheit in Ruhe aufarbeiten und das Neue behutsam entwickeln konnte.

Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit

Analyse und Aufklärung über Strukturen und Handlungen des bürokratischen Herrschaftssystems und seiner Träger in der Zeit nach 1945 sind noch keineswegs geleistet. Hier steht eine gigantische politische, wissenschaftliche und moralische Arbeit bevor. Die versäumte Entstalinisierung ist gründlich nachzuholen. Verschweigen, Vergessen, Verdrängen oder die Flucht nach vorn („Allein die Zukunft zählt!“) genügen nicht - das meinen auch viele nachdenkliche Bürger in der DDR. Es ist nicht leicht, mit Taten und Untaten des Staatssicherheitsdienstes oder der sowjetischen Besatzungsmacht, den politischen Unrechtsprozessen und all den fragwürdigen Handlungen, propagandistischen Lügen und verschwiegenen Brutalitäten, die im Namen des sozialistischen Staates oder dem Aufbau einer besseren Gesellschaft (oder wie immer die Legitimationsformeln gelautet haben) geschehen sind, ins Auge zu sehen. Es handelt sich nicht nur um die Geschichte der *anderen* - der Funktionsträger und Eliten, der Nutznießer und Privilegierten in dieser Gesellschaft. Denn die Geschichte des bürokratischen Herrschaftssystems der DDR ist auch ein Stück der *eigenen* Geschichte der DDR-Bürger im Alltag.

Gewiß, für die meisten Bürger war die SED-Herrschaft zunächst historisch und strukturell aufgezwungene Fremdherrschaft. Ihre Etablierung ging einher mit dem Gefühl der *Ohnmacht* gegenüber den Lasten der Geschichte, mit autoritären Traditionen und einer nur ungenügend aufgearbeiteten Vergangenheit. Die SED propagierte einen weithin instrumentalisierten Antifaschismus. Die Kräfte der Repression und Unterordnung waren übermächtig. Angst wurde für viele ein vorherrschendes Lebensgefühl. Zu Recht fühlen sich heute viele DDR-Bürger belogen und betrogen, nicht wenige auch in gutem Glauben ausgenutzt. Enttäuscht, frustriert, resigniert und entfremdet von allem, was sich sozialistisch nennt (oder nur danach riecht), haben nicht wenige Mühe, produktiv mit dem Vergangenen umzuge-

hen. Die Bitterkeit derer, die Unrecht erlitten haben, kann man gut verstehen. Aber Verurteilung oder moralische Empörung allein genügen nicht.

Denn es geht auch um den eigenen Anteil jedes einzelnen Bürgers an Geschichte und Entwicklung der DDR. Heute fragen sich viele DDR-Bürger, wie es eigentlich geschah, daß Millionen geschwiegen oder „mitgemacht“ haben, sich jedenfalls im stillen arrangiert haben mit der Macht. Wie konnte man das so lange ertragen: die Schizophrenie des Alltags, die Trennung zwischen öffentlich und privat, der politisch genügsame Rückzug in die eigene Nische? Wie ambivalent und langfristig folgenreich ist eigentlich die paternalistische Fürsorge und Bevormundung durch die Bürokratie für die politische Kultur des Landes? Allzu einfach ist sicher jene Sicht, die in der Geschichte der DDR nur wenige Allmächtige und Alleinverantwortliche, aber Millionen von hilflosen Opfern politischer Repression oder gar krimineller Machenschaften sieht.

Zu leisten ist eine schwierige Trauerarbeit, für die eigentlich viel Zeit und Geduld nötig wären. Solche Lernprozesse, solche Prozesse kritischer Selbstreflexion sind extrem schwierig und schmerzvoll. Und es ist nicht leicht, sie ohne Rachegefühle, ohne vorschnelle Schuldzuweisungen oder ohne persönliche Verletzungen zu vollziehen. Selbsternannte Richter und opportunistische „Wendehälse“ finden sich zuhauf. Die Gefahr mangelnder Rechtsstaatlichkeit, des Denunziantentums und neuer Intoleranz ist groß. Hüben und drüben geschieht Unrecht, wenn man einfach *alle* SED-Mitglieder in einen großen Topf der politisch Verdammenswerten wirft oder gar von „roten Schweinen“ redet. Denn das „alte System“ war - bei aller notwendig scharfen Kritik - nicht einfach verbrecherisch, amoralisch oder perfekt totalitär. Die Ambivalenz dieses Systems und der Geschichte der DDR machen unter anderem die relativen Erfolge in manchen Leistungsbereichen des Staates aus. Und viele Bürger der DDR haben verständlicherweise Schwierigkeiten, vierzig Jahre der eigenen Lebensgeschichte, ihre Leistungen und Erfolgserlebnisse einfach zu verdammen oder als Teil eines einzigen großen Scheiterns zu verstehen.

Der neue Mut der friedlichen Revolution

Der Blick zurück sollte Lasten und Leistungen gleichermaßen erfassen. Zu den bleibenden historischen Leistungen der Menschen in der DDR wird die friedliche Revolution der couragierten Bürger des Herbstes 1989 gehören. Ihre Wurzeln reichen viele Jahre zurück: Die Geschichte der DDR ist auch die Geschichte von mutigem Dissens und unterdrückter *Opposition*. Innerhalb und vor allem außerhalb der SED hat es immer Personen und Gruppen gegeben, die gegen die Linie der Partei von ganz unterschiedlichen Standpunkten aus argumentiert und gehandelt haben. Die politische Kultur des demokrati-

sehen Auf- und Umbruchs hat ihre entscheidende Prägung in den 80er Jahren erfahren. Unter dem Dach der *evangelischen Kirche* (und nicht immer ohne Konflikte mit ihr) konnten sich in der „Jungen Gemeinde“ und vor allem in zahlreichen Friedens-, Menschenrechts-, Ökologie-, Dritte-Welt- und Frauengruppen, später in der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ und im „Netzwerk Arche“ einige tausend Bürger treffen und in begrenzter Öffentlichkeit ihre Anliegen artikulieren. Es war eine gemeinde- und basisbezogene Arbeit vor Ort, die oft nur von einer Handvoll oder wenigen Dutzend Menschen, wenn es hochkam, getragen wurde. Es gab keine große Organisation, keine geschlossene Programmatik, keine anerkannte Führungsfigur, sondern eine große Zahl von informellen Gruppen, Freundeskreisen und losen organisatorischen Verbindungen. Es war eine politische Sub-Kultur des argumentierenden Widerstands, der persönlichen und solidarischen Kommunikation, des stark ethisch-religiös geprägten Nachdenkens über Alternativen zum Bestehenden. Eine Demokratisierung der Gesellschaft wurde auch immer nachdrücklicher, vor allem im Zuge der Konsolidierung der Reformpolitik *Gorbatschows*, von zahlreichen Synoden der evangelischen Kirche gefordert. Aber auch innerhalb der SED wuchs die Zahl der Reformer und der kritischen, jedoch nicht-öffentlichen Diskussionen über den autoritären Konservatismus der Seniorenriege um *Erich Honecker*.

Der Aufbruch im Herbst 1989 wurde getragen von einer mutigen, aktiven und schnell wachsenden Minderheit, die die Friedensgottesdienste füllte und auf den Straßen demonstrierte, und einer passiven, aber nachdrücklich sympathisierenden Mehrheit der DDR-Bürger. Heute wissen wir: die Vordenker des Umbruchs und die Anführer des Widerstands bilden nicht die neue Machtelite und die Verwalter der neuen Ordnung. Viele Väter und Mütter der Revolution haben sich zurückgezogen oder wurden in den Hintergrund gedrängt. Mancher aufkeimende Ansatz zu gesellschaftspolitischen Neuanfängen ging verloren, weil es an Zeit und Willen fehlte, Alternativen, „dritte Wege“ oder Schritte zu einer demokratischen Erneuerung eines freiheitlichen Sozialismus in einer weiterhin eigenständigen DDR zu entwickeln. Eine große Mehrheit der DDR wollte schnell mehr Wohlstand und die deutsche Einheit.

Lebensgefühl und Ethos dieser bewegenden Aufbruchszeit sind nicht einfach überholt

So gingen zwar wichtige Ideen und Impulse vor allem für eine politisch-psychologische und sozio-kulturelle Erneuerung aus dieser Aufbruchszeit verloren. Aber manche Werte und Verhaltensmuster dieser drei bewegenden Monate erscheinen mir bewahrens wert und sollten ihre Spuren in der politischen Kultur der Deutschen hinterlassen. Dazu zähle ich vor allem die neue Souveränität und das neue

demokratische Selbstbewußtsein, das DDR-Bürger gewonnen haben: „Wir sind das Volk!“ Basisdemokratisch, in zahllosen Versammlungen und Bürgerkomitees, in spontanen Treffen und Aktionen organisierte sich die Bewegung, lernten Menschen, politisch selbstständig zu handeln. Gemeinsame Interessen rangierten zunächst weithin vor persönlicher Macht- und Karriereorientierung. Persönliche Freundschaften, Solidarität und Ehrlichkeit waren in den unabhängigen Gruppen schon vor dem Herbst 1989 eingeübt und verliehen nun dem Handeln der vielen eine neue Qualität. Mutig, unerschrocken und mit dem äußersten Einsatz aller Kräfte wurden Protest und gesellschaftliche Erneuerung vorangetrieben. Mit Phantasie, Witz und Unbefangenheit, in unverbrauchter und direkter Sprache artikulierten die Menschen ihren Unmut und Forderungen zur Umkehr. Entschieden, aber auch vorsichtig, selbstbewußt, aber nicht selbstgerecht, kritisch gegenüber dem Alten, aber auch sich selbst gegenüber- so traten die meisten auf, die als Vertreter der neuen Gruppen und Parteien für die Wende in der DDR sorgten. Auf der Suche nach einer neuen Sprache und Identität fehlten ihnen jedenfalls auf eine sympathische Weise die Glätte und die Sprechhülsen professioneller Politiker, die sich mediengerecht zu präsentieren wissen. Persönliche Integrität und kollektive Moralität gehörten zum selbstverständlichen Ethos dieses Umbruchs. Angestrebt wurde eine bessere Balance von ideellen und materiellen Werten im persönlichen Leben wie in der staatlichen Politik, jedenfalls keine Vorherrschaft eines krassen Materialismus oder eines deutschtümelnden Nationalismus. Lebensgefühl und Ethos dieser bewegenden Aufbruchzeit sind nicht einfach konservierbar, aber auch nicht einfach überholt angesichts der Dynamik des deutschen Einigungsprozesses. Gewiß, viele Personen und Gruppen, die die Wende vorbereiteten und zunächst trugen, spielen heute keine maßgebliche politische Rolle mehr in der DDR. Immerhin konnten sie am „Runden Tisch“, in der Regierung *Modrow* und in zahllosen Basisaktivitäten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und programmatischen Orientierung des demokratischen Reformprozesses in der DDR leisten. Und noch ist auch nicht abzusehen, ob ihr geistig-kultureller Einfluß, ihr Insistieren auf Eigenständigkeit und aufrechten Gang längerfristig und gleichsam unsichtbar in der politischen Kultur der DDR beziehungsweise Deutschlands weiterwirken werden. Ohne sie hätten die Deutschen in der DDR jedenfalls nicht die Chance erhalten, Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform zu erfahren und zu gestalten.

Zu erlernen ist das gesamte institutionell-rechtliche und organisatorische Know-how einer modernen Demokratie

Die Zeit des Umbruchs und der politischen Transferelemente ist für die DDR-Bürger vor allem ein Prozeß, in dem sie „Demokratie erlernen“.

Dies sagen aber sie von sich selbst und bitten vielfach um Rat und Unterstützung aus dem Westen. Sie bitten nicht um Rezepte oder vereinnahmende Bevormundung. Und die Bundesdeutschen täten gut daran, nicht einfach die Übernahme ihres Gesellschafts- und Demokratie-Modells zu fordern, sondern selbstkritisch zu prüfen, ob man sich selbst die behauptete demokratische Reife uneingeschränkt bestätigen kann oder ob nicht auch bei uns manches im argen liegt. Gewiß, die demokratische Verfassung und politische Kultur der Bundesrepublik haben sich im ganzen bewährt, aber die deutsche Einigung könnte auch hier in manchem Punkt zu einem gegenseitigen Lernprozeß werden.

Zunächst aber geht es für die DDR-Bürger darum, Grundlagen und Gestalt einer demokratischen Gesellschaft zu entwickeln. Gefragt sind eine eigenständige Meinungs- und Urteilsbildung - besser und umfassender informiert als bisher, durch kritische, nicht von einer Partei gesteuerte Medien, auf der Suche nach einer neuen Sprache, in der man sich authentisch ausdrücken und verständigen kann. Sehr schnell mußten die Bürger in der DDR lernen, sich zu orientieren in der verwirrenden Fülle politischer Angebote von Parteien, Gruppen und Bewegungen. Sie hatten begründete Präferenzen zu entwickeln und sich in einer historisch schwierigen Situation an der Wahlurne zu entscheiden. Neu ist die Erfahrung, daß Bürger sich frei organisieren und ihre Interessen artikulieren können. Zu erlernen und weiterzuentwickeln ist das gesamte institutionell-rechtliche und organisatorische *Know-how* einer modernen parlamentarischen pluralistischen Demokratie. Tausende finden sich in neuen politischen Rollen als Kandidaten; Abgeordnete und Regierende, mit einem neuen Verständnis ihrer Aufgaben gegenüber Wählern und Bürokratie. Als Parlamentarier müssen sie Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, um Gesetze zu machen und die Mächtigen zu kontrollieren. Millionen von Bürgern haben sich schnell an den Gedanken gewöhnt, die in der Verfassung garantierten Freiheiten wahrzunehmen und ihre eigenen Rechte durchzusetzen. Noch aber fehlt es an Regelungen und praktischen Erfahrungen, wie dies im Alltag geschehen kann. Doch es geht nicht nur um neue Rechtsnormen und Organisationsstrukturen, sondern gleichermaßen um die Entwicklung demokratischer *Einstellungen* und *Verhaltensweisen* in Erziehung und Bildung, in Beruf und Politik.

Der neue Parteienpluralismus

Zu einer demokratischen politischen Kultur gehört auch die Fähigkeit der Bürger, Konflikte in geregelter Form öffentlich auszutragen, sich nicht von einem vordemokratischen Harmoniestreben und den ausschließlich kooperativen Verhaltensnormen der SED-Zeit für subalterne Bürger leiten zu lassen. Der friedliche Wettstreit von Argumen-

ten und Organisationen konnte sich in der DDR erst seit dem Herbst 1989 voll entfalten.

Hier ist nun nicht der Raum, um das neue Parteiensystem und seine Formierung vor den Wahlen im Frühjahr 1990, das Wählerverhalten und die Wahlergebnisse im einzelnen darzustellen und zu interpretieren. Ich möchte hier nur vier Aspekte hervorheben:

1. Der dramatische Umbruch, die schnelle und zum Teil aus der Bundesrepublik gesteuerte Formation des Parteiensystems und eine unübersichtliche Vielzahl von konkurrierenden Gruppierungen erschwerten zunächst nachhaltig die Orientierung der DDR-Wähler. Bis etwa vier Wochen vor der Wahl am 18. März 1990 waren etwa zwei Fünftel der Wählerschaft noch unentschieden. Dann aber wurde die Antwort auf eine *einzigste Frage ausschlaggebend*: Welche Partei(en)gruppierung könnte am schnellsten und sichersten den größtmöglichen *Wohlstand* und die deutsche *Einheit* bringen? Die Fülle denkbarer und vorhandener Auswahlkriterien wurde so weitgehend reduziert auf einen einzigen Prüfstein (vgl. U. Feist, in: Das Parlament Nr. 14/30. 3. 1990, S.7). Dabei orientierte sich der Wähler nicht nur - wie sonst bei den meisten demokratischen Wahlen im Westen - an Parteien, Personen und Programmen, die eine weitgehend eigenständige Gestaltung der innenpolitischen Zukunft anstreben.
2. Vielmehr wollte und mußte sich der DDR-Wähler der Frage stellen, welche der Parteienformationen den größtmöglichen sozialökonomischen Gewinn aus der Vereinigung mit dem großen reichen Nachbarn gewährleisten würde. Ihm präsentierten sich, mit Ausnahme der PDS und des Bündnisses 90, fast durchweg *Schwesterparteien der bundesdeutschen Paten*, die die Wahlkampfregie weithin in die eigene Hand nahmen und mit ihrem *Image* das der ursprünglichen DDR-Gruppierungen weitgehend überlagerten. Gewählt wurden so eher *Stellvertreter-Parteien*, eher das geliebte Image als die eigene Praxis, eher der glaubwürdige Wechsel auf die Zukunft als die positive Bilanz erbrachter Leistungen. Das gilt besonders für die ehemaligen sogenannten Blockparteien, aber auch weithin für die SPD.
3. Die Wählerentscheidung am 18. März 1990 als also stark *situationsgeprägt*. Diese Situation wird so nicht wiederkehren. Und es ist deshalb fraglich, ob an diesem Tag wirklich längerfristige Parteibindungen etabliert wurden. So wie der Stimmungsumschwung in den letzten drei bis vier Wochen vor der Wahl im März erfolgte, so könnte er in zukünftigen Wahlen ebenso gut auch wieder in eine andere Richtung gehen.
4. Zum neuen Pluralismus, zur neuen inneren Differenzierung der politischen Kultur gehören nicht nur eine neue Parteien- und Wählerlandschaft, eine neue Geographie politischer Räume und Kräfte, sondern auch das *Wiederaufleben der Länder* und die *Identifikation* der Bürger mit diesen historisch-kulturellen Lebensräumen. Die Wiederbelebung politischer, kultureller und religiöser

Traditionen in den alten Ländern, neue Symbole und landsmannschaftliche Gefühle sind sicher auch zu verstehen als eine Reaktion auf vierzig Jahre Zentralismus in der DDR, die Vorzugstellung Berlins und eine zentral gesteuerte Kultur- und Bildungspolitik.

Es geht aber nicht nur um neue Institutionen, sondern um neue Denk- und Verhaltensmuster

Diese Skizze der ersten in sich widersprüchlichen Haupttendenz in der Entwicklung der politischen Kultur der DDR hat gezeigt, daß die Deformationen eines bürokratisch-autoritären Sozialismus, die ihren Ursprung in stalinistischer Fremdbestimmung hatten, und die „Altlasten“ von vierzig Jahren DDR-Geschichte die Deutschen in Ost und West auch noch auf längere Sicht hinaus begleiten werden. Lebensgeschichtlich und politisch-psychologisch ist der Umgang mit dieser teils belastenden, teils ambivalenten Vergangenheit, ihren Positiva und Negativa in der eigenen Identität, zunächst und vor allem ein Problem der Menschen im östlichen Teil Deutschlands. Aber die westdeutschen Bürger werden nicht umhinkommen, an diesem Prozeß der Aufarbeitung des Vergangenen und der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in der DDR, gestärkt durch die positiven Erfahrungen von Widerstand und friedlicher Revolution, teilzuhaben und als notwendigen Bestandteil von Neuaufbau und neuer Einheit zu begreifen. Denn es geht in der DDR eben nicht nur darum, demokratische Institutionen zu schaffen, sondern auch jene Einstellungen, Denk- und Verhaltensmuster, jene Sprache und Wertorientierungen zu entwickeln, die *in den Menschen selber* verwurzelt sind und nur in langen Lernprozessen erworben werden können. Dieser Wandel - das wissen wir aus der eigenen bundesdeutschen Erfahrung - ist ebenso wie die Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen ein langwieriger Prozeß. Bei allen Unterschieden: Hüben wie drüben wird er noch lange nicht abgeschlossen sein, vielleicht in keiner Gesellschaft je ans Ende kommen können.

Zwischen Eigenständigkeit und Abhängigkeit

Neben dem schwierigen Übergang zu einer demokratischen politischen Kultur stehen zwei spannungsvolle Momente als Widerspruch in der Neuorientierung der DDR-Gesellschaft. Sie lassen sich in der Formel „zwischen Eigenständigkeit und Abhängigkeit oder Anschluß“ plakativ zusammenfassen.

Erinnern wir uns: Im Herbst 1989 war zunächst auf beiden Seiten davon die Rede, die Zweistaatlichkeit zunächst beizubehalten und allmählich konföderative Strukturen beziehungsweise eine Konföde-

ration zwischen den beiden deutschen Staaten zu entwickeln. Erst am Ende eines längeren Prozesses sollte die staatliche Einheit stehen. Und: Nicht wenige der neuen Gruppierungen in der DDR sprachen ebenso wie die sich wandelnden „alten“ Parteien von einer Erneuerung, nicht von einer Abschaffung des Sozialismus, von einer grundlegenden Umgestaltung von Staat und Gesellschaft in der DDR, aber nicht von einer Auflösung der Republik. Man wollte gründlich aufräumen mit dem Vergangenen, das Neue sorgfältig bedenken und diskutieren, vorsichtig ausprobieren und unterstützt, aber nicht bevormundet von der Bundesrepublik entwickeln. Das Motto des Aufbruchs „Wir sind das Volk!“ wandelte sich - seit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 - immer mehr zu den Rufen: „Wir sind ein Volk!“ und „Deutschland einig Vaterland“. Darin zeigt sich ein *Wandel des Identitätsgefühles in der DDR*. Zunächst sind da die ganz neuen positiven Erfahrungen der „friedlichen Revolution“ im Herbst 1989. Es war und ist die erste erfolgreiche Revolution der Bürger in Deutschland. Das hatte den DDR-Bürgern niemand mehr zugetraut nach so vielen Jahren Unterdrückung und Unterordnung. Nun erschienen die Menschen in der DDR plötzlich nicht mehr als Verlierer, sondern als Überraschungssieger der Geschichte, führend im Emanzipationsprozeß der Völker in Mittel- und Osteuropa. Unversehens schienen aus ihnen Muster-Demokraten geworden zu sein, wo sie doch vorher nur als preußisch disziplinierte Muster-Sozialisten ohne Freiheitsdrang im sowjetisch beherrschten Ostblock galten.

Ein gebrochenes Wir-Gefühl

Vor allem aber wandelte sich das spezifische Wir-Gefühl der DDR-Bürger zu einem vor allem wirtschaftlich und sozial unteretzten Nationalbewußtsein als Teil eines umfassenderen Zusammenwachsens zu einer neuen Einheit in Deutschland.

Blicken wir einen Moment zurück: Vor allem in der Ära *Honecker* machte eine spezifische Mischung aus Selbstbewußtsein und Minderwertigkeitsgefühlen, aus dem Stolz auf das Erreichte und der Unzufriedenheit über den permanenten Mangel das charakteristische, gebrochene Wir-Gefühl der DDR-Bürger aus. Dieses Wir-Gefühl ist nicht zu verwechseln mit der historisch gewachsenen Identität anderer Nationen in Ost- und Westeuropa. Schon gar nicht begriffen sich die DDR-Bürger als „sozialistische Nation“ im Sinne der Formeln der SED. Vielmehr war dies eine Gemeinschaft, die durch spezifische politische, ökonomische, soziale, ideologische und psychische Erfahrungen geprägt und verbunden war. Nur die DDR-Bürger hatten „die Lasten der Geschichte“, das heißt des Scheiterns des Faschismus und der anschließenden Beherrschung durch die stalinistische Sowjetunion, erneut fremdbestimmt und entfremdet von

der herrschenden politischen Ordnung, zu ertragen. Es entwickelte sich nicht eine Staatsnation, wohl aber blieb das Bewußtsein lebendig, Teil einer geteilten Nation zu sein. Die DDR-Bürger blieben nicht nur ökonomisch, sondern auch psychologisch immer sehr viel stärker auf die Bundesrepublik orientiert als umgekehrt die Bürger im Westen. Stärker vielleicht, als viele Beobachter (mich selbst eingeschlossen) annahmen, war in der DDR auch ein *traditionelles* Nationalbewußtsein erhalten, das nicht nur - wie auch in der BRD - in den Kategorien der *Kulturnation*, sondern der *Staatsnation* dachte. Das Bewußtsein einer gemeinsamen Sprache, Geschichte und Kultur, das Gefühl, „eigentlich mehr zum Westen als zum Osten zu gehören“, konnte und durfte jedoch nicht öffentlich artikuliert werden. Es blieb latent, aber lebendig. Es unteretzte den Wunsch nach freiem Reisen, freier Information und Kommunikation. Und es nährte den Widerwillen gegen das Eingemauertsein und die Unterdrückung durch ein autoritär bevormundendes Herrschaftssystem und seine Ideologie.

Auf dem Wege zu einem „DM-Nationalismus“?

Diese Momente kollektiven Bewußtseins verbanden sich vor allem seit dem Dezember 1989 als Teil der neuen Transferkultur mit dem starken und dramatisch anwachsenden Interesse, möglichst schnell möglichst viel von dem in der Bundesrepublik herrschenden Wohlstand auch für sich selbst zu haben. Ist die DDR-Gesellschaft also auf dem Weg zu einem „DM-Nationalismus“?

Meine *erste These* dazu: Die DDR-Bürger orientieren sich, genauso wie die Bundesbürger in den fünfziger und sechziger Jahren, nach langen Jahren des Mangels und angesichts der geforderten enormen Aufbauleistungen, an der Aussicht auf baldigen Wohlstand. Auch die Bundesbürger gründeten ihren Stolz zunächst und vor allem auf die Erfolge des „Wirtschaftswunders“, weniger auf die demokratischen Institutionen und Traditionen ihres Volkes. Erst Ende der sechziger Jahre wurden wesentliche Schritte zu einer weiteren Demokratisierung der Gesellschaft und der politischen Kultur vollzogen. Und auch die DDR-Bürger könnten einen Prozeß durchlaufen, in dem die verständliche Vorherrschaft des Wohlstandsdenkens teils abgelöst, teils ergänzt wird durch eine Einstellung, die die nichtmateriellen Werte, die die menschliche Solidarität und demokratische Mitbestimmung der Bürger in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens höher schätzt, als es heute erkennbar ist.

Denn - und dies ist meine *zweite These* - der „neue Nationalismus“ in der DDR ist *primär* wirtschaftlich-sozial begründet und weniger traditionell-staatlich oder gar „großdeutsch“ orientiert. Und: In ihm verbinden sich autoritäre Traditionen mit neuen demokratischen Erfahrungen. Die Sorgen über einen neuen deutschen Nationalismus in

Ost und West, auch über eine überraschend starke Ausländerfeindlichkeit in der DDR sind sicher ernst zu nehmen. Zugleich aber ist das rückwärtsgewandte oder rückständige Element in der politischen Kultur, das darin zum Ausdruck kommt, in der DDR auch vielfältig gebrochen und aufgehoben durch den Willen zur radikalen Abkehr von autoritären, bürokratischen, zentralistischen und repressiven Machtstrukturen und Herrschaftsmethoden. Alle diese Momente bilden eine widersprüchliche Einheit.

Die DDR-Bürger erleben einen schwierigen Wandel ihrer kollektiven und individuellen Identität. Sie wird durch drei Momente bestimmt: DDR-Bürger, Deutscher und Europäer zu sein. Gegenwärtig werden alle diese drei Elemente neu definiert, ihr inhaltliches Verhältnis und ihr Gewicht zueinander verschieben sich. Das Ergebnis dieses Prozesses ist in vieler Hinsicht offen: Zurück zum kleinbürgerlichen Nationalismus der deutschen Vergangenheit oder voran auf dem Weg zu einer demokratischen Identität als Europäer? Eine verstärkte Orientierung am Staat oder an der neuen Eigenständigkeit der Bürger? Eine bornierte Fixierung auf Deutschland und die Deutschen ohne genügend Verantwortungsbewußtsein für Europa und die Menschheitsprobleme im globalen Maßstab?

Bewahrenswerte eigene Errungenschaften?

Der Wandel der politischen Kultur und der kollektiven Identität der DDR-Gesellschaft wird entscheidend geprägt von der Frage: Soll die DDR das Gesellschaftsmodell der Bundesrepublik Deutschland praktisch übernehmen? Oder gibt es bewahrenswerte eigene Erfahrungen und Errungenschaften aus der Geschichte der DDR? Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen (und es ist in anderen Beiträgen vielfach angesprochen), hier im einzelnen zu diskutieren, welche der angeblichen oder realen sozialen, ökonomischen und kulturellen Errungenschaften der DDR bewahrenswert sind im Prozeß der deutschen Vereinigung oder nicht. Hier geht es nicht um die Darstellung und Analyse objektiver Sachverhalte zum Beispiel aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern um die „subjektive Seite“, um die Sichtweisen, Ängste und Erfahrungen der DDR-Bürger.

Sie befinden sich in einem Prozeß, in dem viele gewohnte Lebensbedingungen und staatliche Leistungen neu strukturiert werden. Die Bundesdeutschen müssen diese Sorgen und zum Teil existenziellen Ängste unbedingt ernst nehmen. Wir dürfen nicht einen falschen Optimismus verbreiten, der sich wohl möglich einmal bitter rächen wird. Wir müssen verstehen, daß zum Beispiel die meisten *Frauen* nur mit großer Sorge einer Entwicklung entgegensehen, in der die Betreuung der Kinder in Krippen und Kindergärten, Schulspeise und Schulhorte, das bezahlte Babyjahr mit garantiertem Arbeitsplatz und

das liberale Abtreibungsrecht, die Gleichheit in den Ausbildungschancen und die Vorteile einer Berufstätigkeit, in der Selbstbewußtsein und ökonomische Unabhängigkeit drohen verlorenzugehen. Wir müssen verstehen, daß der Abbau von Subventionen und die zahlreichen Preissteigerungen bei mittel- und längerfristig unklarer Lohnsituation, daß die drohende Schließung von Tausenden von Betrieben und von Massenarbeitslosigkeit, die enormen Kosten für die Erhaltung der Umwelt, der Infrastruktur, des Gesundheits- und Bildungswesens die DDR-Bürger zutiefst verunsichern und bedrücken. Und wir müssen auch sehen, daß die *Erwartungen* an einen kapitalistischen Wohlfahrtsstaat (wie auch schon früher im sozialistischen Paternalismus der Ära *Honecker*) hoch sind und daß man nur ungern die sozialen und ökonomischen Grundrechte der Verfassung aufgeben will (was auch immer sie im einzelnen bedeutet haben). Jene Stimmen sind nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv differenziert ernst zu nehmen, die von einem Ausverkauf beziehungsweise von einer völligen ökonomischen Vereinnahmung der DDR sprechen, die davor warnen, die DDR zu einem Billiglohnland und zu einem Objekt für Immobilienspekulationen werden zu lassen.

Wenn wir vermeiden wollen, daß die Deutschen in der DDR mit Minderwertigkeitskomplexen und Ressentiments den Weg der deutschen Einheit beschreiten, dann muß man sie *großzügig und fair* in allen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion behandeln. Real, nicht nur propagandistisch, dürfen sie nicht das Gefühl gewinnen, auf Dauer eben doch die armen Vettern bleiben zu müssen, deren eigene Leistungen buchstäblich abgewertet werden. Ohne eine Mentalität des Diktierens und Bevormundens ist *partnerschaftlich* auszuhandeln, zu welchen Bedingungen die Einheit für beide Seiten akzeptabel ist, ohne daß der Wert des Geschaffenen in der DDR auf Null sinkt. So ungleich das Verhältnis der beiden deutschen Staaten und Gesellschaften in nahezu jeder Beziehung ist, so sehr wir die DDR an wirtschaftlicher Produktivität und Wohlstand überragen, und so sehr auch die DDR im Zwang steht, letztlich das in einem Vertrag zu unterschreiben, was von der anderen Seite kommt - so wenig dürfen wir uns aber auch darüber hinwegtäuschen, welche verheerenden Folgen Gefühle des dauernden Unterlegenseins, der Enttäuschung und Benachteiligung, des Zweifels an Glaubwürdigkeit und Solidarität auf der anderen Seite bei DDR-Bürgern wie für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in einem geeinten Deutschland haben können. In den Verhandlungen über die Einheit sollten wir das zerbrechliche Selbstwertgefühl der DDR-Bürger nicht verletzen, ihre Würde und ihren Stolz auf die eigene Leistung und - das wird schon wieder allzu schnell vergessen - auf die *von ihnen* getragene Revolution, die diese ganze Entwicklung erst ermöglicht hat, anerkennen und ihnen mit Respekt begegnen.

Zu warnen ist auch vor einer allzu unkritischen und enthusiastischen Propagierung und schnellen Übernahme des „Modells Deutschland“

der Bundesrepublik. Dieses Gesellschaftsmodell ist gewiß dem der DDR in nahezu allen Dimensionen überlegen; aber es hat auch seine fragwürdigen Strukturen und Leistungsdefizite, bedeutende Ungleichheiten und faktische Diskriminierungen. *Gesellschaftskritik* bleibt gerade auch im Prozeß der deutschen Einigung legitim und notwendig. Die eigene Demokratie, wie sie ist, darf nicht auf einmal - unter der Hand oder siegesgewiß - zum makellosen Ideal erhoben werden, weil sie im Dunkel und Halbdunkel autoritärer Repression - ganz zu Recht - leuchtend hell erscheint.

In der Art und Weise, wie viele Deutsche in Ost und West, Bürger und verantwortliche Politiker die Einheit als Übertragung eines Gesellschaftsmodells von einem Territorium auf das andere anstreben und betreiben, sehe ich ganz überwiegend Vorteile, aber auch Gefahren. Subjektiv sind da von unserer Seite oft Arroganz und Großmannsucht im Spiel; objektiv werden Probleme und Mängel, soziale und psychische Kosten des eigenen Modells verdrängt. Umgekehrt meine ich bei DDR-Bürgern eine Tendenz zu beobachten, die man als Flucht vor der Freiheit und als einen Weg in eine neue Abhängigkeit bezeichnen könnte. Nicht wenige meinen, daß „die aus dem Westen“ uns sagen, „wie wir das machen sollen“. Sie bitten fast ein wenig unterwürfig und allzu bescheiden um Hilfe und Rezepte. Wird die Suche nach dem eigenen Weg, das Aufspüren der eigenen Kreativität vermieden, so fürchte ich eine neue Abhängigkeit, einen nahtlosen Übergang vom alten bürokratischen Paternalismus von Staat und Partei zum neuen Paternalismus des großen reichen Bruders aus dem Westen.

Die gesamte wirtschaftliche und soziale Basis der politischen Kultur ändert sich in dramatischer Weise

Eine dritte Tendenz, voller Risiken und Widersprüche in der Entwicklung der politischen Kultur, hatte ich eingangs bezeichnet als den Weg von sozio-ökonomischer Sicherheit auf der Basis relativer Gleichheit und eines vergleichsweise niedrigen Lebensstandards zu den Risiken und Chancen von mehr Wohlstand und sozialer Differenzierung in einer kapitalistischen sozialen Marktwirtschaft. Struktur und Wandel von Wirtschaft und Arbeitswelt sind wesentliche Bestimmungsfaktoren sozialen und politischen Wandels insgesamt, der Herausbildung unterschiedlicher Lebens- und Interessenlagen und damit der Entwicklung der politischen Kultur einer Gesellschaft.

Für die Entwicklung der DDR und der Demokratie in Deutschland ist es eine entscheidende Frage, ob die Verbindung von ökonomischer Leistungsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit, von steigenden Konsumchancen und sozialer Sicherheit, von rentablem Wirtschaften und Umweltschutz, von Solidarität und Wettbewerb gelingt. Schwie-

rige, persönlich belastende Übergänge müssen in der DDR vollzogen werden:

- vom Primat der *politischen* Loyalität und einer entsprechenden Belohnung beziehungsweise Privilegierung hin zum Primat der Einstufung nach *fachlicher*, „objektiv gemessener“ Leistung;
- vom Versorgtwerden durch einen paternalistisch zuteilenden und fürsorgenden Staat zur leistungsabhängigen Entlohnung, vom eher passiven *Versorgungsempfänger* zum *Leistungsträger*;
- von garantierten sozialen Rechten und kostenlosen Diensten beziehungsweise Subventionen (besonders in den Bereichen Bildung, Wohnen, Gesundheit, Kinderbetreuung, Nahverkehr) hin zu *Eigeninitiative*, Risikobereitschaft und Eigenständigkeit im Wirtschaftsleben und zu verstärkten Eigenleistungen bei der sozialen Sicherung;
- von der *Trägheit*, Ressourcenvergeudung und organisierten *Verantwortungslosigkeit* der Planwirtschaft zu *Innovation* und *Eigenverantwortung*, vom bürokratischen zum manageriellen Denken der Marktwirtschaft, zum strikten Kostendenken und zu einer effizienzorientierten Ökonomie der Zeit.

Es geht um die Entwicklung einer neuen *Arbeits- und Unternehmenskultur* in der DDR mit starken eigenständigen Gewer/csc/iartern. Schon jetzt zeichnen sich große Diskrepanzen in der Organisationsfähigkeit von Unternehmer- und Arbeitnehmerinteressen ab. Zugleich formieren sich neue Berufsgruppen und neue Interessen. Es entwickeln sich neue Scheren gewollter Ungleichheit gemäß dem individuellen Leistungsprinzip und marktwirtschaftlichen Gesetzen. Eine solche Wirtschaftsordnung stellt gewiß eine gewaltige Chance zur Steigerung der Produktivität und des allgemeinen Wohlstands dar; sie bringt aber auch neue Privilegierungen, Abhängigkeiten und Bedrohungen für Menschen mit sich, die weg von Anpassung, Unterordnung, Opportunismus und Karrierismus wollen.

Kurzum, die gesamte wirtschaftliche und soziale Basis, die Berufs- und Interessensstrukturen, Bildungsverläufe und Lebensstile als Basis einer politischen Kultur verändern sich in dramatischer Weise für die DDR-Gesellschaft. Gewohnte Muster des Verhaltens im Alltag und manche seiner bisherigen Qualitäten, zum Beispiel seine soziale Intimität und Übersichtlichkeit, seine relative „Gemütlichkeit“ in manchen Bereichen, werden sich gründlich verändern. Für DDR-Bürger ganz ungewohnte Kommunikations- und Beziehungsmuster, eine neue Massen- und Freizeitkultur werden sich entwickeln und die politische Kultur der DDR in einen neuen dynamischen, mindestens teilweise fremdbestimmten sozio-kulturellen und normativen Kontext stellen.

Neue Werte in der politischen Kultur? - Fragen an die Deutschen

Nicht erst durch die bewegenden Erfahrungen des solidarisch-demokratischen Aufbruchs des Herbstes 1989 ist die politische Kultur der DDR in manchen Bereichen von Werten und Verhaltensmustern geprägt, die im Prozeß der Vereinigung an Gewicht und Qualität zu verlieren drohen. Sensible DDR-Bürger fragen besorgt: Welche sozialen und menschlichen Perspektiven entwickelt die DDR, entwickeln sich in ganz Deutschland? Ist dies unser Weg: Von der Solidarität des Mangels und des Aufbegehrens zur rücksichtslosen Konkurrenz des Karriere- und Wohlstandstrebens? Angst statt Mut, neue Anpassung statt aufrechter Gang? Kampf um Macht, nun offen und schonungslos, statt gemeinsamer Suche nach den besten Lösungen? Soziale Kälte statt Nestwärme im Betrieb? Eine Mentalität des Habens statt des Seins - endgültig nun in ganz Deutschland?

So einfach sind die Alternativen nicht. Und besonders Intellektuelle sollten sich hüten vor jedem Moralismus, vor jeder Arroganz gegenüber dem angeblichen schnöden Materialismus der Massen (dem sie selbst oft fröhnen). Aber: die neue Entwicklung in der DDR und der nun gemeinsame Weg der Deutschen werfen grundlegende Fragen der Entwicklung der politischen Kultur, der humanen Gestaltung der sozialen Beziehungen für die Deutschen in Ost und West auf. Die Suche nach Antworten auf diese Fragen und Probleme könnte auch für uns Westdeutsche Chancen enthalten zur Selbstbesinnung und zu sozialen Verbesserungen, wenigstens in einzelnen Punkten.

Zunächst aber ist festzustellen: Fast alle Hoffnungen und Ansprüche in der DDR, das bessere, historisch fortschrittlichere, sozialere und demokratischere Deutschland zu sein, sind auf schmerzliche Weise widerlegt worden. Begriff und Idee des Sozialismus erscheinen der großen Mehrzahl der DDR-Bürger (und nicht nur ihnen) gründlich diskreditiert. Diese Vergangenheit wird langfristig weiterwirken - nicht nur als langer Schatten der Taten und Untaten des Staatssicherheitsdienstes. Lebensbedingungen und Alltagskultur, Verkehrsformen und Denkstile ändern sich nicht über Nacht. Momente der „alten“ politischen Kultur der Ära *Honecker* und hoffentlich auch der radikal-demokratischen gesellschaftsethischen Orientierungen des Herbstes 1989 werden die Deutschen in Ost und West weiter begleiten. Neben sozio-ökonomischen Ungleichheiten werden auch Unterschiede in der politischen Kultur in einem vereinten Deutschland weiter bestehen und für eine schwierige Übergangssituation sorgen.

In dieser Zeit müssen wir Bundesbürger uns fragen: Wie können wir mit den Lasten und Leistungen, mit den Entbehrungen und Erfahrungen der DDR-Bürger so umgehen, daß ihr neu gewonnenes Selbstwertgefühl, ihre Würde und ihre Hoffnungen nicht Schaden nehmen? Werden wir lernen, nicht mit zweierlei Maß zu messen und

uns selbst nicht zum Maß aller Dinge zu machen? Sind wir in der Bundesrepublik Deutschland offen für ihre Erfahrungen mit Herrschaft und Anpassung? Wo können wir gegenseitig voneinander lernen? Und gelingt es umgekehrt den Bürgern in der DDR, die nötige Aufklärung und Trauerarbeit gegenüber ihrer Vergangenheit zu leisten? Gelingt es ihnen, das wichtige Erbe der friedlichen Revolution in die Entwicklung einer stabilen demokratischen politischen Kultur produktiv einzubringen?

Für diesen schwierigen Umgang mit der neuen Freiheit und der werdenden Einheit brauchten die Deutschen in Ost und West eigentlich viel Zeit, Geduld und Behutsamkeit. Aber wir wissen auch: Objektive Gründe sprechen für ein schnelles Handeln. Soziale Ängste, tief sitzende Frustrationen und harte Konkurrenz um die Macht sind wohl unvermeidlich, aber sie sind keine guten Ratgeber auf diesem Weg. Hüben wie drüben kann eine glaubwürdige Einheit in Freiheit nur entstehen, wenn wir nicht nur die Fragen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gut lösen, sondern wenn wir uns auch genauso intensiv der Frage zuwenden, welche Werte, welche historischen und aktuellen Erfahrungen aus beiden deutschen Staaten die politische Kultur der Deutschen bestimmen sollen und die demokratische, humane Qualität der Gesellschaft eines geeinten Deutschland ausmachen.